

aus (146ff.). Weiterhin beschreibt er die Ordnungspartnerschaften, die sich auch Ebenen übergreifend herausbilden (155f.). Dabei wählt er einen politikwissenschaftlichen und politikfeldspezifischen Zugriff. Allerdings gerät hier das Problem der Gerechtigkeit bei der Bearbeitung aus dem Blick und spielt allenfalls immanent eine Rolle (161). Die Beteiligung „der Bürger“ dürfte gerade im Politikfeld Sicherheit nicht unbedingt „Gerechtigkeit“ hervorbringen, sondern auch Lobbyismus zugunsten der eigenen Sicherheit artikulationsfähiger Bürger unter Benachteiligung der Nichtbeteiligten.

Die Defizite zur Diskussion um Gerechtigkeit in diesem Band werden endlich im Beitrag von Uwe Altrock zur gerechtigkeitsorientierten Stadtentwicklungspolitik angegangen. In der Demokratie geht es um Gleichheits- und Freiheitsrechte, Selbstbestimmung und die Achtung unterschiedliche Präferenzen (169). Da die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt sind, spielen bei deren Verteilung Bewertungen eine wichtige Rolle. Im einzelnen werden treffende Beispiele zusammengetragen, die verdeutlichen, wie Entscheidungen über Änderungen bei Flächennutzungen, Infrastrukturvorhaben und Aufwertungen von Gebieten durch Fördermittel Ungerechtigkeiten für einzelne Bevölkerungsgruppen schaffen, langfristig aber unter Umständen für die gesamte Stadt einen Nutzen erbringen können. Es stellt sich dann die Frage, ob nicht nur Bevölkerungsgruppen mit hohem Bildungsstand im Prozess angemessen zu Wort kommen könnten. Denn auch die gewählten Repräsentanten haben besonders ihre Wähler im Blick.

Während der Herausgeber und die Mitautoren den Problemdruck in den Städten verdeutlichen und die Regelungsbe-

dürftigkeit unter der Leitidee der Gerechtigkeit propagieren, stellt sich die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten der Städte. Wie anhand der einzelnen Beiträge aufgezeigt wurde, sind Aussagen zu Entscheidungsprozessen – wenn überhaupt vorhanden – eher sehr oberflächlich. Hier muss der Aufsatz von Laufer als Ausnahme erwähnt werden. Der Beitrag von Altrock verschafft verspätet mehr Klarheit darüber, was in der Stadtentwicklung unter Gerechtigkeit zu verstehen ist. Muss also im letzten Artikel von Christa Reicher wirklich noch die Frage gestellt werden, was Gerechtigkeit innerhalb der Stadt ist? Vielmehr erscheint eine andere ihrer Fragen angemessen: Wer entscheidet, was gerecht ist (189)? Dies entscheiden nicht nur Stadtbauer, Architekten und Planer. Der Band bietet vielfältige Beispiele. Aber die vom Herausgeber gewünschte Verzahnung von Theorie und Empirie ist kaum gelungen.

Hiltrud Naßmacher

Sammelrezension

Kodalle, Klaus-Michael, und Johannes Achatz (Hrsg.). *Populismus – unvermeidbares Element der Demokratie?*. Reihe Kritisches Jahrbuch der Philosophie. Beiheft 12/2012. Würzburg. Königshausen & Neumann 2012. 113 Seiten. 19,80 €.

Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.). *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Cambridge. University Press 2012. 257 Seiten. 99,00 \$.

„Populismus“ war in den letzten Jahren das Thema zahlreicher Tagungen, was häufig dazu geführt hat, die Ta-

gungsbeiträge zwischen zwei Buchdeckel zu pressen und der weiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das muss kein Nachteil sein, trägt aber zu einer gewissen Redundanz der Debatte bei und auch dazu, das Rad immer neu zu erfinden. Sieht man von älteren Arbeiten (Margaret Canovan, Ghita Ionescu und Ernest Gellner) ab, setzte eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema um 2000 ein, als Yves Mény und Yves Surel sowie Paul Taggart ihre bis heute gültigen Arbeiten veröffentlichten. Schon damals vertraten sie die These, dass das Erstarken populistischer Bewegungen ursächlich mit einem Legitimationsdefizit des parlamentarischen Systems und einer Repräsentationskrise des bestehenden Parteiensystems zusammenhänge. Es ist erfreulich, dass diese Erkenntnis mit rund zwölfjähriger Verzögerung auch bei Philosophen angekommen ist, etwa, wenn einer der Herausgeber des ersten hier vorzustellenden Buches diese Hypothese als grundstürzend neue Erkenntnis in den Raum stellt (15).

Der von *Klaus-Michael Kodalle* und *Johannes Achatz* edierte Sammelband ist aus einer Konferenz des Thüringertags für Philosophie hervorgegangen und enthält sieben Beiträge unterschiedlicher Relevanz. Manches hat man so oder ähnlich schon gelesen, etwa *Frank Deckers* Erörterung der Frage, warum es in der Bundesrepublik keine relevante rechtspopulistische Partei gibt. Unter Populismusforschern kann man zwei Gruppen unterscheiden: eine deskriptiv verfahren, meist auf Parteienforschung abhebende Richtung, die an praxeologischen Fragen und/oder an Fallstudien interessiert ist, hier vertreten von *Florian Hartleb* mit einem Beitrag zur Gefährdung der europäischen Integration durch Euro-

skeptiker. Als Ursachen von Euroskepsis hebt *Hartleb* den Mangel an demokratischer Rechenschaftspflicht in der EU, die Politiktechnokratie und die habituell elitäre Konsenskultur in der EU-Politik hervor, hält Euroskeptizismus aber für keine Mainstream-Erscheinung im europäischen Parteienwettbewerb (63, 71).

Eine zweite, theoretisch ambitioniertere Richtung vertritt *Benjamin C. Seyd*. *Seyd* unterscheidet drei Versuche, Populismus zu definieren: als Idealtyp, als Typologie verschiedener Ausprägungen, oder als Minimaldefinition. Er verwirft diese Versuche als zu kurz greifend, da sie einem rationalistischen Bild von Politik verhaftet blieben und den emotionalen, konflikthafter Charakter „des Politischen“ verleugneten (98). Die Rezensentin gesteht, dass sich ihr die Logik dieses Gedankens nicht erschließt, was daran liegen mag, dass *Seyd* die Definition eines Phänomens an dessen normativer Bewertung misst. In Anlehnung an Ernesto Laclau postuliert er, Populismus sei weder eine Ideologie noch eine Strategie, sondern eine „spezifische Logik der Formierung kollektiver Identitäten“ (86), die unterschiedliche Forderungen unter einem „gemeinsamen Label zu einer Wir-Identität versammelt“ (94). Kennt man das nicht seit Jahrzehnten als Praxis von Volksparteien? Populismus als vermeintlich ideologiefreie Aggregationslogik „des Politischen“ trete als oppositionelles Movens innerhalb der Demokratie immer dann auf, „wenn die herrschende Ordnung in Frage steht“ (86). Welche „herrschende Ordnung“? Die sozio-ökonomische oder die politische? Und welche Demokratie? Hinter dieser ungenauen Diktion verbirgt sich das Dilemma der diskurstheoretischen Laclau-Schule: Es gilt, das rationalisti-

sche Politikverständnis des liberalen Mainstream durch Aufwertung von Emotionen in Frage zu stellen, ohne aber in die Falle des populistischen Antiliberalismus zu geraten. Nun sind aber Emotionen nicht per se schon demokratieförderlich. Man muss Kriterien für die Zulässigkeit oder Nicht-Zulässigkeit von Emotionen benennen, was nur auf dem Boden eines rationalen Diskurses und im Rahmen der von Populisten abgelehnten rechtsstaatlich-liberalen Demokratie erfolgen kann. Mit Laclaus Formalismus lassen sich diese normativen Fragen aber nicht beantworten, im Gegenteil: Er und seine Schüler setzen Populismus mit „dem Politischen“ als dem Austragungsort von Antagonismen gleich und überdehnen den Begriff als Synonym für Politik schlechthin.

Christiane Burmeister und *Johannes Achatz* fragen danach, wie Anhänger populistischer Bewegungen wahrgenommen werden und unterscheiden etwas ambitioniert zwischen „Reflexionsstufen“, wo es sich lediglich um politische Sichtweisen handelt. Sieht die liberale Kritik im Populismus ein pathologisch-deviantes Phänomen, attestieren ihm andere die Funktion eines „nützlichen Korrektivs“ und Seismographen für akute Missstimmungen. Die dritte, von den Autoren präferierte Sichtweise (109ff.), sieht dagegen im Populismus das Verlangen nach „Anerkennung eines emotionalen Zugangs zum politischen Diskurs, in dem sich der Einzelne mit seinen akuten Ängsten, Frustrationen oder Identitätsbedürfnissen wiederfinden kann“ (111). Soweit, so formalistisch, denn sollen damit etwa Ressentiments, Bierzeltemotionen oder ethnonationalistische Identitätsbedürfnisse „anerkannt“ werden? Hochgestochene Worthülsen wie „antagonistische Di-

chotomie“ oder „Beziehungsstiftung“ werden in Stellung gebracht gegen den „etablierte(n) Issue-orientierte(n) Diskurs“ (111), als ob Appelle wie „Ausländer raus“ oder der von der FPÖ entfachte Streit um zweisprachige Ortschilder in Kärnten etwa keine Issues wären. Worum geht es den Autoren eigentlich? Um eine relativ banale und sehr berechtigte Sache: Um die Erweiterung des Raumes der Teilnehmer am demokratischen Diskurs (113). Aber bedurfte es dazu des diskurstheoretischen Abstraktionsschwallb einer „Deonstruktion der diskursiven Normalitätskoordinaten“? Und was heißt in dieser verquastenen philosophischen Diktion ein „genuin politisches Ereignis“? Dagegen beleuchtet *Kodalle* einen in der Debatte eher vernachlässigten Aspekt, nämlich die anti-populistische Rhetorik einen „Populismus von oben“ (19) vor dem Hintergrund zunehmender nationalstaatlicher Deparlamentarisierung und demokratischer Defizite auf EU-Ebene. Er fragt, wie die wachsende Kluft zwischen Elitendiskurs und Empfindungslagen im Volk verringert werden kann. Über seinen an Max Weber orientierten Lösungsvorschlag – Politiker müssten Sachverstand mit Charisma verbinden – lässt sich indessen streiten, denn was ist gewonnen, wenn der Teufel des Populismus mit dem Beelzebub der Personalisierung und Charismatisierung von Politik ausgetrieben wird? Und warum ist eine völlig uncharismatische Politikerin wie Angela Merkel so beliebt? Das schmale Bändchen verdeutlicht die Bandbreite möglicher Annäherungen an das Thema, auch wenn die theoretischen Teile nicht immer überzeugen. Hier wird einer ambivalenten politischen Romantik das Wort geredet, der Aufwertung inhaltsleerer Emotionalität und Irrationa-

lität (113) gegenüber politischer Rationalität, die, so muss man die Autoren verstehen, als Diskurs der Herrschenden dekonstruiert werden soll.

Der aus einer Tagung am Berliner Wissenschaftszentrum hervorgegangene Sammelband des in den USA lehrenden Rechtsextremismus- und Populismusexperten *Cas Mudde* und des in Großbritannien tätigen chilenischen Politikwissenschaftlers *Cristóbal Rovira Kaltwasser* steht dagegen in der angelsächsisch-empirischen Tradition der Politikwissenschaft. Der Band versammelt acht Fallstudien (Belgien, Kanada, Mexiko, Peru, Österreich, Slowakei, Tschechien und Venezuela). Die Herausgeber leiten das Werk mit einem theoretischen Teil ein, der den Analyserahmen und den Stand der Forschung zum Populismus umreißt. Die leitende Fragestellung des Bandes – Populismus als Bedrohung oder als Korrektiv für Demokratie – wird durch einen demokratietheoretischen Abriss (10–15) untermauert, und es werden Hypothesen zu den positiven und negativen Auswirkungen von Populismus formuliert, je nachdem, ob er an der Macht oder in Opposition ist und ob er in gefestigten oder nicht gefestigten Demokratien auftritt. In der Zusammenfassung der Ergebnisse (205–222) betonen die Herausgeber das gespannte Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie, sehen aber im Populismus innerhalb gefestigter Demokratien eine eher geringe Gefahr.

Der Band hebt sich aus drei Gründen positiv von anderen Sammelbänden zum Thema ab: Erstens durch den Versuch, demokratietheoretische und an *Muddes* Minimaldefinition ausgerichtete populismustheoretische Kriterien für die Analyse und Bewertung der Einzelfälle aufzustellen; zweitens durch

die Kompetenz der Autoren, die zu den besten Kennern in ihrem Bereich gehören. Auch wer nur an bestimmten Fallbeispielen interessiert ist, kann daher mit Gewinn auf das Buch zurückgreifen. Drittens betreten die Herausgeber mit der Unterscheidung zwischen inkludierendem Populismus (Lateinamerika) und exkludierendem Populismus (Europa) in komparatistischer Hinsicht Neuland. Auch wenn diese Begriffe noch weiter mit Inhalt gefüllt werden müssen, können sie als Grundlage künftiger cross-regional studies dienen. Bei der Auswahl der Fälle mag man das herausstechende Fallbeispiel Italien vermissen, das gleich mit drei Varianten von Populismus aufwartet, einer ethno-regionalistischen (Lega Nord), einer medial-populistischen (Berlusconi) und der anarchoiden Protestbewegung „Fünf Sterne“ (M5S) um Giuseppe (Beppe) Grillo. Hier ließe sich die bisher kaum aufgeworfene Frage erörtern, ob Populismus an der Macht nicht genau die von ihm anfänglich bekämpften Missstände wie Ineffizienz, Korruption und Klientelismus reproduziert, gegen die sich eine neue, weder rechts noch links angesiedelte, über das Internet kommunizierende populistische Protestbewegung formiert. Ihr geht es primär gar nicht um den institutionellen Rahmen von Demokratie, sondern um das Versagen eines technokratischen oder korrupten, abgeschoteten oder ineffizienten Elitenhandelns zu Lasten des Gemeinwohls und um neue Formen politischer Öffentlichkeit.

Karin Priester